

Bezugspreis:
Wochenschrift 60. — M., monatl. 2. — M.
Jahrespreis 60. — M., einzeln, zu-
schickungsgelöst. Unter Ausschluss für
Deutschland, Dänemark, Ostpreußen,
Litauen, Ostpolen, Österreich u.
Luzemburg 72. — M., für das übrige
Ausland 74. — M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Zeit und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kringarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Sonn-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat-Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die viertägige Sonntagsbeilage
kostet 12. — M. „Kleine Anzeigen“
das gesetzlich vorgeschriebene Wort 2. — M. (zu
100 Wörtern gerechnet), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellengelände
und Schließensanfragen das erste
Wort 2. — M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50% — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerungungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Wörtyplan 15195-97
Expedition Wörtyplan 11753-51

Montag, den 13. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigensch.
Abteilung Wörtyplan 11753-54

Einigung mit den Beamten.

Berlin, 13. März. (WZB.) Die Verhandlungen mit den
Revolutionsräten der Gewerkschaftsorganisationen über die Beamten-
abfindung im Reichsfinanzministerium haben vorheißlich der Zu-
stimmung des Reichsrats und des Reichstags in den frühen Morgen-
stunden des Sonntags zu einer Einigung geführt und werden
bezüglich der Arbeiter und Angestellten am Montag fortgesetzt.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit:
Nach langwierigen Besprechungen sind die Verhandlungen über
die Neuordnung der Besoldungsverhältnisse für die Beamten in der
Nacht vom Sonnabend zum Sonntag abgeschlossen worden. Die Neu-
regelung für die Gesamtbeamtenbesoldung hat sich auf die für die
Gruppe III festgesetzten Gehälter auf. Gruppe III erhält einen Ge-
samtszulage von 7885 M. Davon entfallen 1000 M. auf die Frauen-
zulage, 5 Proz. auf die Aufbesserung des prozentualen Teuerungszu-
schlages und 5 Proz. auf die Aufbesserung des gleichen
Teuerungszuschlages (Kopfszuschlages). Der Rest entfällt auf die
Grundgehälter, so daß diese im Durchschnitt um 4580 bis
5000 M. aufbessert werden. Wie gesagt, kommt die Auf-
besserung der Gruppe III, die die mittlere Beamtenbesoldung umfaßt,
auch für die unteren Beamten in Frage. Insgesamt um-
faßt diese Neuregelung also die Gehaltsgruppen I bis ein-
schließlich XII. Die höheren Beamten erhalten gleichfalls die
Frauzenzulage, wie auch die Aufbesserung des prozentualen und
gleichen Teuerungszuschlages. Jedoch keine Erhöhung der Grund-
gehälter.

Heute nachmittag werden die Verhandlungen über die Neu-
regelung der Gehalts- und Wohnverhältnisse für die Angestellten und Ar-
beiter im Reichsfinanzministerium aufgenommen.

Ein sanftmütiger Staatsanwalt.

Wie berichtet bereits, daß der Schriftleiter des „Spandauer
Tagblatts“, eines völkischen Heftblättchens, wegen Aufreizung zum
Mord an Herrn v. Lerbach zu ganzen 200 Papiermark Geld-
strafe verurteilt wurde. Auf Anfrage des „Bundes Neues Vater-
land“, ob gegen dieses Urteil ein Rechtsmittel eingelegt sei, hat der
Staatsanwaltshofrat Dr. Reimann folgendes geantwortet:

Wenn auch nicht gemäß meinem Antrage erkannt wurde, der
auf die höchste gesetzlich zulässige Geldstrafe von 600 M.
lautete, so habe ich doch von der Einlegung des Rechtsmittels
den Revision Abstand genommen, da eine Verletzung des materiellen
oder formellen Rechts nicht vorliegt.

Das Urteil ist also rechtskräftig. Es bleibt dabei, daß zu einer
Zeit, in der reaktionäre Mordtaten fast zur Alltäglichkeit geworden
sind, die Aufforderung zum politischen Mord mit einer Geld-
strafe geahndet wird, die etwa 5 M. Friedenswert entspricht. Der
Herr Staatsanwalt tut sich etwas darauf zugute, daß er 600 M. (also
etwa 15 M. Friedenswert) an Geldstrafe beantragt habe. War es
ihm unbekannt, daß der § 111 StGB., auf Grund dessen Mordbegeh-
er Günther Lehmann bestraft wurde, auch Gefängnisstrafe vor-
sieht? Bei sozialdemokratischen Angelegten pflegt das
ein Staatsanwalt zu wissen.

Die „Freiheit“ in Rötten.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Wüstensche „Mon-
tagsspost“:

Das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen
Partei, die „Freiheit“, befindet sich in schweren Rötten. Das Gebäude
in der Breiten Straße mußte verkauft werden — die Reichsbank
hat es angekauft —, und die Druckerei der „Freiheit“ ist von einer
Privatdruckerei angekauft worden. Diese Privatdruckerei hatte es
abgelehnt, das unabhängige Blatt weiter zu drucken, und guter Rat
war nun teuer. Lange Verhandlungen der Partei-
leitung der Unabhängigen mit der Sozialdemo-
kratischen Parteileitung, die zum Ziel hatten,
die „Freiheit“ in der Druckerei des „Vorwärts“
herstellen zu lassen, verliefen ergebnislos.

Am Sonnabendnachmittag wurde die Lage kritisch: das Blatt
erschien verspätet und nur mit einem halben Bogen. Die Sonntags-
nummer gibt als Druckfirma der Zeitung eine Druckerei im Berliner
Südosten an, in der bis vor kurzem die „Rote Fahne“ gedruckt wor-
den war. Von der besonders schlimmen Lage, in der sich dieses
führende Blatt der Unabhängigen befindet, zeugt auch das Gerücht,
daß es demnächst nur noch einmal täglich erscheinen soll.

Da dieser Vorgang ohne unser Zutun in die Öffentlichkeit
gebracht worden ist, sehen wir uns genötigt hinzuweisen, daß
die Verhandlungen von unserer Seite im Gange größten
Entgegenkommens geführt worden sind. Es ist uns
auch heute noch nicht bekannt, warum die „Freiheit“ es schließlich
vorgezogen hat, bei einer kleineren Privatdruckerei Zu-
flucht zu suchen. Den Niedergang des unabhängigen Blattes
können wir, trotz gelegentlicher scharfer Meinungsverschieden-
heiten, nur bedauern. Es ist wahrlich ein bitterer Leidensweg,
auf dem die Arbeiterklasse erlahren muß, daß nur eine
Arbeiterpartei und nur eine Arbeiterpresse ihre Sache zum
Erfolg führen kann.

Hohenzollern-Standale.

Ein Berliner Vormittagsblatt bringt heute in sensationeller Auf-
machung einen Bericht über eine Ehescheidungsaffäre, in
der Eitel Friedrich von Hohenzollern, der seit seinem Kapital-
verschiebungsprozeß im Volksmund den Namen „Eitel Schieberich“
führt, und seine Frau, die aus dem Hause Oldenburg stammt,
eine wenig beneidenswerte Rolle spielen.

Nach dem genannten Blatte hat die Frau v. Pletten-
berg, die Gattin eines früheren Adjutanten des Vaters der Frau
Eitel Friedrich, gegen ihren Ehemann die Scheidungsklage ange-
strengt, weil er mit der Prinzessin Eitel Friedrich
Ehebruch getrieben habe. Plettenberg hat die Oldenburgerin schon
vor ihrer Verheiratung, wie es in Romanen heißt, „kennen und lieben
gelernt“. Auch nach ihrer Verheiratung mit dem Hohenzollern
hat der Verkehr mit Plettenberg angehalten. Die Prinzessin
wurde in dem Prozeß als Zeugin vernommen und hat angeblich
auf eine Frage des Richters, ob sich denn diesem viele Jahre an-
dauernden Verkehr keine Hindernisse in den Weg gestellt
hätten, geantwortet: „Mein Gott, mein Mann hat doch
das alles gewußt.“

In dem Prozeß kamen auch Briefe dieser Hohenzollernfrau
an Plettenberg zur Verlesung, in denen sie dem früheren Adjutanten
glühende Liebeserklärungen gemacht und u. a. versichert: „Du
weißt, daß ich mit dem Ranne, dem ich angetraut
bin, nichts gemein habe.“ Am Telefon hat sie sich mit
ihrem Liebhaber so ungeniert unterhalten, daß die Telephonbeamten
den Eindruck gewannen, daß ihre Beziehungen zu Plettenberg in
Schloß- und Hofkreisen so bekannt waren, daß sie sich gar keine
Mühe geben brauchte, sie zu demänteln. Vor Gericht hat sie aller-
dings bestritten, nach der Verheiratung Plettenbergs
noch mit ihm in Verkehr gestanden zu haben. Und auf die Frage
des Richters, ob „Königliche Hoheit“ das auch beschwören
könne, erwidert: „Ich schwöre mit dem größten Ver-
gnügen.“ Der Richter mußte sie erst darauf aufmerksam machen,
daß eine solche Bemerkung sich mit der Würde des Gerichtshofes
nicht vertrage und daß der Eid kein Vergnügen, sondern eine ernste
Sache sei. . . .

Für den Inhalt des Prozeßberichtes müssen wir dem genannten
Vormittagsblatt die Verantwortung überlassen. In sich interessieren
derartige familiäre Angelegenheiten uns und die Öffentlichkeit her-
zlich wenig. Solche Liebeshändel kommen ja in allen Schichten des
Volkes vor. In diesem besonderen Falle bietet sich das eine Neue,
daß jetzt vor den bürgerlichen Gerichten der Glorienzweig
des „angestammten Herrscherhauses“ herabgerissen und diese
Menschen in ihrer Nacktheit gezeigt werden. Eitel Friedrich gilt als
der Vertreter seines Vaters in Deutschland. Er bildet den Mittel-
punkt der monarchischen Konspirationen, nachdem
selbst sein älterer Bruder von diesen öffentlich abgerückt ist. Wenn
es nun wahr ist, daß Eitel Frh., der Ehesproß, jahrelang um die
freundschaftlichen Beziehungen seiner Frau zu Plettenberg gewußt
hat, ohne sich deshalb von ihr zu trennen, so wirkt das allerdings
in besonderem Maße auf die sittlichen Auffassungen jener Kreise,
die man auch heute noch wohl, dem deutschen Volke als sittliche Muster-
bilder vorzuführen, was beleuchtet außerdem auch das „sittliche
Recht“, mit dem der Freund Gräfers das Kind seiner Schwä-
gerin aus Kuhlitz trotz aller Gerichtsbeschlüsse widerrechtlich
bei sich zu behalten suchte, weil er dieser Schwägerin ähnliche Ver-
sehlungen nachsagt, wie sie hier von seiner eigenen Frau berichtet
werden.

Seit die Hohenzollern im großen Zusammenbruch von ihren
Rathurnen gestolpert sind, können sie die Welt augenscheinlich nur
noch durch Standalgeschichten interessieren.

Liquidation in Danzig.

Die Interalliierte Kommission zur Verteilung des ehemals
deutschen Staatseigentums schlägt u. a. vor, der freien Stadt Danzig
sämtliche Domänen und Forsten, das Schloß Oliva, die ehemaligen
Truppenübungsplätze, die ehemalige Kriegsschule, die Post-, Tele-
graphen- und Zollgebäude, das ehemalige Festungsgelände, die Navi-
gationschule sowie den Flugplatz Langfuhr und einen Teil der
Kasernen zuzuteilen. Danzig verpflichtet sich, in den Kasernen auch
Wohnungen für die polnischen Beamten bereitzustellen sowie
polnische Navigationschüler an der Navigationschule nächst
Danzig in erster Linie aufzunehmen und ferner Polen die Er-
richtung einer Flugschule für den polnischen Luftpostdienst
zu gestatten. — Der Republik Polen wurden zugeteilt die Eisen-
bahnen, ein Eisenbahnverkehrsgebäude, das Auswandererlager,
ein Gebiet auf der Westerplatte zur Errichtung einer polnischen
Funkstation, ein Munitionsüberlochsplatz, eine Anlegestelle für
polnische Kriegsschiffe an der Helmspitze, mehrere Kasernen sowie
Rampden und Deponierungen. Dem Hefenauerschiff wurden die Bode-
wege, die Helmspitze und ein größerer Teil des Geländes im Hafen
und an der Westseite zugeprochen. Die Verteilung der Eisen-
bahnwerkstätte und der Danziger Werft, der Fischerei-
te und des Staatsanteils an der Bauernbank steht noch offen.

Eine politische Eiskompresse.

Von Paul Nathan.

Vor etwas länger als einem Jahre veröffentlichte ich im
„Berliner Tageblatt“ einen Artikel unter der Ueberschrift: „Die
Arbeit der Pariser Kurpfuscher“. In den Ausführungen hob
ich hervor, daß es die Arbeitermassen aller Großstaaten vor
allem seien, die den Wahnsinn des Versailler Friedensvertrages
zu spüren bekommen würden. Die Arbeitslosigkeit in den
Ententeländern; die Lohnkämpfe bei uns; dazu das Elend in
Rusland und in ganz Osteuropa liefern beweisträchtige Belege
hierfür. Ich schrieb damals:

„Ob Europa diesmal vor dem Weichbluten behütet wird, das
wird insbesondere von der Haltung der englischen Ar-
beiter abhängen; das ist bedingt von der Weisheit, mit
der sie ihr eigenes Interesse, die internationale Wirtschaftslage und
die Zukunft des Arbeiterstandes der Welt betrachtet.“

Nicht nur die englischen Arbeiter, auch die französi-
schen Arbeiter, die deutschen und die Arbeiter der zivilisierten
Welt haben erst ganz vor kurzem in Frankfurt a. M. be-
wiesen, daß sie wenigstens klar das Ziel, dem sie zustreben
müssen, erkannt haben — zum Glück der zivilisierten Welt.

In jenem Artikel des „Berliner Tageblatts“ fügte ich
hinzu:

„Auch die Vereinigten Staaten könnten einige wohlangebrachte
Eiskompresen bereithalten. Das Schicksal Europas kann ihnen schon
aus wirtschaftlichen Gründen nicht gleichgültig sein, von allen anderen
Gründen ganz abgesehen. Wenn sie ihre Weisheit an Frankreich und England einzutreiben drohen, be-
vor eine europäische Katastrophe eingetreten ist
und bevor ihre Forderungen einmüdet werden, so wird auch dieses
friedliche und legale Mittel einen kalmierenden Einfluß auf die
Pariser exaltierten Heißhämter ausüben.“

Die damals erhoffte politische Eiskompresse haben jetzt die
Vereinigten Staaten zur Anwendung gebracht.

Die Vereinigten Staaten gehen nicht nach Genua. Haben
sie bei diesem Entschluß so Unrecht? Man will in Genua die
Leiden der zivilisierten Welt besprechen unter Ausbietung eines
diplomatischen Apparates, wie er in der Welt niemals vorher
in Bewegung gesetzt worden ist. Man will der Welt Heilung
bringen, aber der reale Sitz des Übels, die Verträge von Ver-
sailles, von St. Germain und die anderen Postententequiste
unstaatsmännlicher Staatsmannschaft dürfen nicht erörtert, viel
weniger zur Abänderung empfohlen werden. Ein Arzt, der
dem schwerleidenden Patienten die Haare schneidet, die Nägel
feilen läßt und einige andere nützliche Allotria treibt; hingegen
Herz und Lunge und Nieren nicht einmal zu untersuchen ge-
stattet, handelt etwa ebenso weise. Daß die Vereinigten
Staaten an solchem Konzilium nicht teilzunehmen beabsichtigen,
ist recht begreiflich und recht verständlich. Im besten Falle kann
Genua die Einleitung zu weiteren ernstlichen diplomatischen
Beratungen sein, vorausgesetzt, daß Europa bei seinen seligen
Leiden nicht zuvor einen unberechenbaren Tobsuchtsanfall
mit unberechenbaren Folgen erleiden sollte.

Die Vereinigten Staaten sind einen Schritt weiter-
gegangen. Sie, die aus Genua fernbleiben, verlangen von
der kurpfuschenden Diplomatie Europas Begleichung der
Schulden, die Amerika durch seine Besetzung der Rheinlande
entstanden sind.

Nachdem die Finanzminister der Entente in Paris über
die Verteilung der zahlreichen Millionen beraten hatten, die
man uns als Kosten der Besetzung des Rheinlandes abgepreßt
hatte, erhob sich der bisher schweigsame Vertreter Amerikas
und verlas ein Schriftstück nüchtern, kühl, eisk, in dem die
Vereinigten Staaten ihren Anteil von fast einer Milliarde
Goldmark verlangen. Dieses Verlangen, das sachlich durchaus
berechtigt ist, würde bedeuten, daß Frankreich und Belgien in
absehbarer Zeit an Entschädigungen leer ausgehen müßten.

Die idiotische Redensart: „Le Boche payera tout“ —
zu deutsch: „der deutsche Barbar muß alles flecken“ —, diese
Redensart, mit der die französischen Chauvinisten sich im
Kriege immer wieder anfeuert, verliert langsam an Kredit,
und sie wird schnell und schneller an Kredit verlieren. Denn
nachdem die Vereinigten Staaten Entschädigungen haben, ihre
Macht im Dienste der Vernunft zu gebrauchen, kann diese
Methode wirkungsvoll und immer wirkungsvoller fortgesetzt
werden, insofern die alliierten und assoziierten
Mächte nicht nur für die Besatzungskosten den
Vereinigten Staaten verschuldet sind. Sie
haben überdies die gewaltigen Beträge zurückzahlen, die
Amerika während des Krieges seinen Verbündeten zur Ver-
fügung gestellt hat.

Einzelne französische chauvinistische Blätter schreiben bei
dieser Sachlage nach Gewaltanwendung. Das „Echo de Paris“
schreibt: „Sind die anderen Verbündeten dazu bereit, Ge-
walt anzuwenden?“ Sie werden schwerlich hierzu bereit sein,
denn mit Gewehren und Kanonen und Panzerwagen kann
man zwar das Wirtschaftselend Europas noch weiter ruinieren,
solche militärischen Instrumente sind jedoch ungeeignet zur
Herbeischaffung von Milliarden. Man kann mit einer
Schlächterorgel eine Ruh töten; aber mittels einer Agi kann man

keine Kuh melken. Zu dieser tiefen Erkenntnis werden hoffentlich noch die Chauvinisten gelangen.

Was nun?
In allen Staaten erwacht die Vernunft; wie bei uns seit der Revolution, so seit neuerer Zeit in England, und zwar insbesondere unter dem juchhären Druck der Arbeitslosigkeit; so in den Vereinigten Staaten. Zeugnis hierfür sind die neuesten Notizen aus Washington; so in Frankreich bei den arbeitenden Massen. Die Konferenz in Frankfurt a. M. endlich beweist, daß die Sozialisten aller beteiligten Staaten die Uebel in der zivilisierten Welt erkannten und mit klarem Sinn, vorurteilslos und doch energisch, Wege weisen, damit die zusammenbrechende Weltwirtschaft und die dahinströmende Zivilisation wieder zu Kräften gelangen können. Auch die französischen und belgischen Sozialisten unterstützen heute solche Bestrebungen, was ihnen um so höher angerechnet werden muß, da in ihren Ländern der Chauvinismus noch besonders stark grassiert.

Wenn nunmehr die Vereinigten Staaten reale Druckmittel anwenden, um die politische Unvernunft zurückzudrängen, so scheint der Beginn einer politischen und wirtschaftlichen Gesundung der Welt nicht mehr außer dem Bereich jeder Möglichkeit zu liegen.

Die politische Einkompresse, die die Amerikaner den Chauvinisten in Paris mit erfahrener Sachlichkeit aufs Haupt gedrückt haben, wird um so segensreicher wirken, je verständiger wir in Deutschland assistieren.

Wir wollen, und wir fühlen uns moralisch verpflichtet, in den Grenzen der Möglichkeit Opfer, schwere Opfer für die Aufrichtung der Welt zu bringen; und solche moralische Bindung ist eine stärkere Verpflichtung als jene, die durch den unsinnigen Vertrag von Versailles uns auferlegt worden ist. Aber wir würden es als ein Unglück betrachten für Deutschland und für die Welt, für ihre Wirtschaft und für ihre Zivilisation, wenn es borniertem und brutalem Chauvinismus gelingen sollte, der Gesundung der Menschheit, ihrer Aufwärtsentwicklung, hindernd und verzögernd, die Wege nochmals zu versperren.

Nordamerika gibt nicht nach.

Gegenüber dem Versuch, die nordamerikanische Forderung nach Erstattung seiner Besatzungskosten aus den Einnahmen der Entente von Deutschland dadurch zu erschüttern, daß man sagt, Nordamerika hätte ja nicht an der Besatzung teilzunehmen brauchen, wird dräben betont, daß diese Beteiligung auf Verlangen der Entente erfolgt und solange ausgedehnt worden ist. Laut „Chicago Tribune“ werden außer den 241 Millionen Dollar demnächst noch 23 Millionen Dollar für die Unterhaltung der amerikanischen Truppen vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 verlangt werden.

Durch diese neue Forderung steigen die gesamten alliierten Besatzungskosten im Rheinlande bis zum 1. Mai 1922 auf rund 3½ Milliarden. Nach der amtlichen Aufstellung, die die Reparationskommission vor einer Woche herausgegeben hat, sind von Deutschland bis jetzt 1370 Millionen Goldmark bezahlt worden, wobei die sechs Dekadenzahlungen von je 31 Millionen einbezogen sind. Die Summe, die Deutschland bis jetzt gezahlt hat, reicht also bei weitem nicht aus und die Hälfte der bisherigen Besatzungskosten ist noch zu bezahlen.

Das gleiche Blatt berichtet, die Vereinigten Staaten würden sofortigen, mit Nachdruck auf die Rückvergütung ihrer Besatzungskosten zu dringen. Es verlautet in alliierten Kreisen in Paris, das Abkommen der Finanzminister werde in dem Sinne revidiert, daß Amerika eine erste Zahlung von 100 Millionen Goldmark zugesprochen werden wird.

Und nach dem „New York Herald“ hat das Staatsdepartement mit Nachdruck erklärt, die Vereinigten Staaten würden auf Bezahlung der Besatzungskosten bestehen. Diese Forderung werde als eine unantastbare Schuld angesehen, die amerikanische Regierung würde ihre Ab-

Die erste Lerche.

Gewissermaßen auf Vorposten waren die ersten Lerchen wieder ins Land gekommen. Der Winter machte sich noch immer breit. Aber der Schnee war geschmolzen und wo ihn die Märzsonne auf den Feldern fortgetrieben hatte, da schimmerte grün und dicht die junge Saat. Deran erkannten die Vögel vorposten zuerst, daß die Nacht des Winters brüchig geworden war. Und frohgemut wirbelten sie sich in die Luft empor, ihren lachenden Gesang laut herausjubelnd.

Die Felder, über die die Lerchen dahinstrichen, lagen hart am Weichbild der großen Stadt. Ruffschwarze Esen roigten im mildigen Dunst. Hauchen und Surren und Himmeln dröhnte in die Einsamkeit der Felder hinüber. Und als die Lerchen schärfer hinliefen, da merkten sie, daß manches sich im Leben der Stadt und der sie bewohnenden Menschen gegen das Verjahr noch ganz erheblich verschlechtert hatte.

Rüdigkeit und Hoffnungslosigkeit starrte ihnen aus den meisten Augen entgegen. Hunger und Not und Entbehrung sprachen eine allzu bereite Sprache. Es war, als ob sich die Menschen über den nahenden Frühling gar nicht mehr recht freuen mochten. Stumpf und dumpf trottelten sie durch den Tag, ohne auch nur ein einziges Mal zum blauen Himmel emporjubelnden. Und auch den Lerchen waren sie kaum einen Blick zu, mochten die noch so schmelzend und laut jubelnden.

Nur ein paar kleine Vögel standen am Feldrain. Die deuteten mit ihren kurzen, ungeschickten Fingern zu den sich in der Luft überlugelnden Lerchen empor. Und redeten aufeinander ein in einer halb noch tollenden Kinderprache, aus der wieder und immer wieder die gleichen Worte klangen: „Die Vögel! Die Vögel!“

Und als das die Lerchen hörten, da wußten sie, daß sie doch nicht ganz unisono sich einstellten hatten. Und immer lauter und immer juchzender erscholl ihr Lied.

Ein Brief Hans Thomas. Zur Eröffnung der Ausstellung in der Nationalgalerie hat Hans Thomas folgenden Brief an Geheimrat Justi, den Direktor der Galerie gerichtet: „Herzlich danke ich Euer Hochwohlgeboren für die freundliche Zuwendung der Einladung zur Eröffnung. Die gerne wäre ich dabei! Aber meine 83 Jahre haben mich gelähmt und es gibt man auch im hohen Alter, wie auch sonst noch im Leben, kein harter „Wuß“ den Namen einer schönen Tugend; man nennt sie „Entlosgung“. — Wie gerne hätte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit mündlich gedankt, daß Ihre Stellung im schönen Reich der Kunst es Ihnen ermöglicht hat, ein Stück echtes Leben deutscher Kunst zu der rechten Zeit, wo wir es brauchen, an das Licht des Tages zu bringen — Verborgenes aufzufinden, es der Welt zu zeigen; unseren Feinden damit zu sagen: nicht nur so, wie ihr uns schiltet, ist unser Volk, sondern es war seit Lebensalter ein still beschaffen kunstsinning Volk gewesen — der geistige Grundzug unseres Volkes wird wohl auch in Zukunft so bleiben, man könnte diesen Grundzug Stelle nennen, hinter welcher, sich selber fast unbewußt, schöpferische Kraft liegt, verborgene Stärke. Möge man nun die

lehnung als ein ungewöhnliches Vorgehen der Alliierten betrachten.

Die „Times“ sehen in dem zweifellos berechtigten Vorgehen Nordamerikas einen Druck auf „gewisse“ Alliierte, wie er bereits durch die Antwort auf die Einladung nach Genua begonnen worden sei — nämlich den Militärmarsch abzulegen und in Genua nicht vor den Versaillesfolgen den Kopf in den Sand zu stecken. Wird doch aus Washington auch gemeldet, Harding hoffe auf eine europäische Landabrüstungskonferenz nach der von Genua.

Eine sozialistische Stimme.

Während die Poincaré-Presse nur mit Mühe sich auf den Schimpfserfolg eines Vedauerns beschränken muß, schreibt Genosse Léon Blum im „Populaire“: Die deutschen Zahlungen hätten schon nicht genügt, die Besatzungskosten Belgiens, Englands und Frankreichs zu decken. Wenn die nicht geringen amerikanischen Besatzungskosten noch hinzukämen, die jedermann durch den Ausgleich von Gewinn und Verlust erwidert geglaubt habe, so sei man über daran, Jahre könnten vergehen, bevor das Besatzungslohn gedeckt wäre und die deutschen Zahlungen für ihren eigentlichen Zweck verwendet werden könnten, d. h. für die Reparation der verunstalteten Gebiete. Das sei die Lage, der das plötzliche Auftreten der Vereinigten Staaten eine neue ernste Wendung gäbe. Werde die öffentliche Meinung endlich begreifen, daß die ganze Leistungsfähigkeit Deutschlands auf die eigentlichen Reparationen konzentriert werden müsse, wenn man reparieren wolle, daß man aber die Besatzung einstellen müsse, wenn die Reparationen durchgeführt werden sollen? Werde man endlich inne werden, wo die Karren seien, wo sich die Vertreter an den Interessen Frankreichs fänden?

Die Moratoriumfrage.

In etwa 14 Tagen soll mit anderen Fragen auch die einer Unterbrechung der deutschen Goldzahlungen von der Reparationskommission und den sonstigen Instanzen der Entente entschieden werden.

Einem Ausrufer folgte der Minister Loucheur auf die Frage, ob Deutschland einen vorbedachten Bankrott begehen wolle: „Niemals im Leben! Auf diese Legende eines betrügerischen Bankrotts des Reiches zum größeren Vorteil der deutschen Privatleute muß man verzichten.“ Natürlich haben die deutschen Unterhändler den Kurssturz der Mark und die schlechte Lage der deutschen Finanzen hervor. Aber fast alle Welt in Deutschland ist über die Fortdauer der Baissé beunruhigt, die Deutschland zur Verarmung treibt und seine Waren zu billigen Preisen dem Auslande ausliefert, was aber zur Vermehrung der Kosten des Lebensunterhalts und zur Verminderung des wirklichen Wertes der Arbeitslöhne führt. Deutschland ist kein blühendes Land, obwohl es keine Arbeitslosen besitzt. Sein Wohlstand ist nur Fassade, und wenn man dieser Situation nicht ein Ende macht, bricht Deutschland genau so wie Oesterreich zusammen. Frankreich könnte sich darüber nicht freuen!

Genua noch später?

Der radikale Londoner „Observer“ schreibt, die Genua-Konferenz sollte besser erst nach den englischen Wahlen sein. Lord George müßte nach allem, was inzwischen geschehen sei, nach Genua gehen mit dem klaren Vertrauen, die Nation hinter sich zu haben oder aber überhaupt nicht.

Die Sowjetregierung wandte sich nach London mit der Bitte, für die Reise der russischen Delegation vom Schwarzen Meer nach Genua ein englisches Kriegsschiff zur Verfügung zu stellen.

Verschiebung der Dreierkonferenz.

London, 13. März. (Jute.) Zu der Aufforderung des Sekretariats der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, am 25. März in Berlin eine vorbereitende Besprechung der Exekutiven der drei Internationalen stattfinden zu lassen, hat das Exekutivkomitee der 2. Internationale ein Antworttelegramm nach Wien geschickt, in dem sie sich gegen diesen Termin ausspricht. Die Verhandlungen über das Datum der Berliner Konferenz sollen zwischen den drei Internationalen fortgesetzt werden.

deutsche Kunst klein nennen und beschränkt finden, wir wollen sie erkennen und wollen anerkennen, daß sie, ob klein, ob groß, unsere Kunst ist, aus den Tiefen der geheimen Volksseele hervorsteigt und daß sie ihren Zweck erfüllt, wenn sie als beschönigende Dienerin die Vermittlerin zwischen Seele und Seele wird. Wenn sie somit sich selbst vertritt, so halte ich es nicht für unmöglich, daß sie die Verbindung zwischen sich fremden Volksseelen und so als eine Art von Friedensengel durch die verhästete Welt wandert. Nur soll sie nicht hochmütig werden. — Wie noch so manche anderen guten Dinge in der Menschheitswelt, bringt der Hochmut, wenn er sich an sie hängt, ganz besonders auch die Kunst zu Fall. Wenn nun meine Ausstellung in Berlin in ihrer Reichhaltigkeit manchem Aufsturz darüber geben mag, was deutsche Kunst in ihrem Wesen sein kann, sein könnte, wenn man sie austreiben lassen würde, sie schützte und pflegte, ohne zu viel daran herumdoctorn zu wollen so möge er sich bei Ihnen bedanken. Wenn die Kunst erjagen werden soll aus dem Wierwarr heraus, in den sie in unserer Zeit geraten ist, so kann dies nur Erziehung zur Freiheit sein, die ihr Geist in sich selber findet, dem sie dann, wenn sie es erkannt hat, unbedenklich folgen kann. — Auch die Kunst hat ewige Gesetze, die in der Natur verankert sind, die aber alle zur Freiheit des Wirkens führen. — Doch wo komme ich mit meinem Briefe hin, ich wollte Ihnen nur meinen einfachen, so selbstverständlichen Dank herzlich-gemäß heraussprechen, den ich Ihnen für Ihre unendliche Mühe und Aufmerksamkeit schulde bin. Ich kann mich nur ein wenig erkünnen, daß ich mir denke, Sie haben dies alles aus Liebe zu unserer Kunst trotz ihres Amtes getan. Somit schicke ich für heute.

Wer war der „Bamberger Reiter“? Die berühmte Reiterfigur am Bamberger Dom, deren Kopf auf den neuen Hundertmark Scheinen zu finden ist und dadurch die weiteste Popularität erhalten hat, gehört zu den umstrittensten Fragen der deutschen Kunstgeschichte. Wer war dieser Reiter, der so achtsam vom Georgenchor des Domes herobblüht? Eine neue Antwort auf diese Frage gibt Oth. Rot Dr. F. Philipp in einer Untersuchung, über die in der „Kunstchronik“ berichtet wird. Daß der Horgestalt eine Königin ist, steht ohne weiteres fest, da er gekrönt erscheint. Aber es kann kein König der heiligen Geschichte gewesen sein, da er keinen Nimbus und einen so überhöhtlichen trügerischen Ausdruck zeigt. Man muß also annehmen, daß es sich um einen dem Künstler gleichzeitigen Herrscher handelt, und der ganz individuelle Ausdruck läßt ein wirkliches Porträt vermuten. Von der deutschen Herrschern aus der Mitte des 13. Jahrhunderts kann wohl nur der Pfaffenkönig Wilhelm von Holland in Betracht kommen, den der Reichsgraf Otto von Wittelsbach als „jung, stolz, herrlich“ charakterisiert, was zu dem Ausdruck des Kopfes vortrefflich paßt. Das eine Gleiches am Tor des Bamberger Doms, das das Jüngste Gerüst darstellt, scheint diese Deutung zu bestätigen, denn es zeigt die Himmelfahrt eines jungen Königs, dessen Rüge denen des Reiters ähneln, und die Himmelfahrt eines alten Königs. Philipp sieht darin die Himmelfahrt Wilhelms und die Himmelfahrt Friedrichs II. Durch diese Erklärung würde auch die Entstehungszeit der berühmten Bamberger Domfluren festgelegt werden, denn eine Himmelfahrt Wilhelms von Holland konnte doch wohl kaum vor seinem 1256 erfolgten Tode geschildert werden.

Moraths Konkurrenzneid.

Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Morath hat in Gemeinschaft mit drei anderen Abgeordneten seiner Fraktion eine Anfrage an die Reichsregierung erlassen, in der unter anderem folgendes zu lesen steht:

Es verlaute, daß der Herr Reichspostminister beabsichtigt, einen Oberpostsekretär, der in der Deutschdemokratischen Partei politisch tätig ist und feinerzeit ohne Erfolg den Versuch gemacht hat, die Verwaltungsprüfung für den gehobenen mittleren Postdienst zu bestehen, zum Postrat zu befördern. Ist die Reichsregierung der Auffassung, daß sich die Beförderung eines solchen Beamten in eine Stelle des höheren Postdienstes rechtfertigen läßt? Ist sich die Reichsregierung bewußt, welche Wirkung auf die Arbeitsfreudigkeit derjenigen Beamten, welche die Verwaltungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben oder noch ablegen wollen, die Beförderung eines durchgefallenen Beamten haben muß, die über die Stellen hinausgeht, welche jenseitig gemeinhin erreichen können. Ist die Reichsregierung in der Lage, zu erklären, daß bei dieser ausfalligen Beförderung lediglich sachliche und nicht etwa politische Gründe mitgesprochen haben?

Der hier erwähnte „in der Deutschdemokratischen Partei politisch tätige“ Oberpostsekretär ist der langjährige Landtags- und Reichstagsabgeordnete Delius, ein engerer Berufskollege des Herrn Morath. Delius ist berufen worden, als Postrat die Leitung der Poststelle des Reichspostministeriums zu übernehmen. Wenn wir auch nicht mit Herrn Delius einer politischen Meinung sind, so wird ihm doch bezeugt, daß er sich innerhalb des Reichsparlamentes allgemeiner Hochachtung und Wertschätzung erfreut, und daß er sich seiner Aufgabe als Vorsitzender des Petitionsausschusses, des Besatzungsausschusses und des Ortsklassenverzeichnisses stets mit Geschick und Takt entledigt hat. Wir freuen uns deshalb, daß der Postminister endlich Anstalten macht, von dem Ochsentratt abzuweichen und Männer, die des Lebens anders als durch die bürokratische Bille ansehen, in sein Ministerium beruft.

Herrn Morath aber wollen wir nicht verhehlen, daß sein Vorgehen gegen keinen Parlaments- und engeren Berufskollegen eine Erbarmlichkeit ist, wie man sie selten erlebt. Sein demagogisches und selbstgefälliges Auftreten wirkt nachgerade widerwärtig. Das schänke an der aus Mißgunst, Neid und persönlicher Geizigkeit entsprungenen Anfrage ist aber, daß der schlaue Morath sorgfältig bemerkt hat, sich selbst etwa die Tür zu einer „ausfalligen Beförderung“ zu verbauen. Vorsichtigerweise spricht er nicht etwa von den mittleren Beamten im allgemeinen, zu denen er ja auch gehört, sondern er unterscheidet zwischen solchen, die die sogenannte Verwaltungsprüfung abgelegt haben und somit ein paar Stufen höher klettern können. Wir hängen die denunziatorische Anfrage deshalb hier einfach niedriger. Sie erhält ein besonderes Gesicht dadurch, daß das Richtbestehen der Verwaltungsprüfung durch Delius lediglich seiner politischen und, weil freilinnige, beim kaiserlichen Deutschland nicht gern geklebte Tätigkeit zu danken war.

Wasserkräfteausbau und Sozialdemokratie.

Durch Kürzung, die infolge der leidigen Papiernot notwendig war, hat sich in unserem Landtagsbericht vom Sonnabend ein Ausdruck eingeschlichen, der zu Mißverständnissen Anlaß geben kann. Bei der Beschlusfassung über den Ausbau der Wasserkräfte von Weser, Fulda und Main ist dort gesagt, daß die Beschlüsse des Hauptausschusses gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen wurden. Daraus könnte die Ansicht entstehen, daß unsere Fraktion gegen diese großen Kulturvorlagen gestimmt hätte. Das ist jedoch nicht der Fall. Die sozialdemokratische Fraktion hat nur einen Zusatzantrag des Hauptausschusses abgelehnt, dagegen für alle entscheidenden Paragraphen der Vorlage gestimmt, obwohl ihre beiden Abänderungsanträge abgelehnt worden waren. Wir stellen dies hiermit ausdrücklich fest.

Indien. Der revolutionäre Führer Ghandi ist verhaftet und wird des Hochverrats beschuldigt. Cizezind Lord Bradin wird (wegen des bekannten Telegramms gegen das Edwardstat) abberufen, sobald der Prinz von Wales Indien verlassen hat.

Wiener Revolutionsfeiern. Am 13. März feiern die Wiener sozialistischen Arbeiter als Erben der bürgerlichen Demokraten seit Jahrzehnten das Andenken der Revolution 1848/49 von 1848, die an diesem Tage gefallen waren. Sie ruhen in dem städtischen Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof, ganz draußen im Osten, und vor dem großen Obelisk stammten am 13. März immer die Gedächtnisfeier, während die Redner der Partei zu den Massen sprachen. Seit dem Kriegsausbruch gießen allerdings nur noch große Deputationen am nächstgelegenen Sonntag hinaus, während früher Zehntausende den stundenlangen Weg auf gepflasterten Straßen in der oft schon recht warmen Märzsonne zurückgelegt hatten. Man hat diese Demonstration in der Republik wohl darum nicht wieder aufgenommen, weil sie die Demokratie, in der es politische Verbrechen nicht mehr gibt, gebrocht und es überflüssig gemacht hat, die Pietät zum Schirm der Demonstrationsfreiheit zu nehmen. Dafür werden künstlerische Abendfeiern veranstaltet.

Die Akademie für das ärztlich-soziale Versicherungswesen, die frühere Kaiser-Wilhelm-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen, gestaltete in der letzten Zeit ihren Arbeitskreis in einer Weise aus, daß der neue Name dafür schon nicht mehr paßt. Akademie für Arbeitswissenschaft würde eher zutreffen. Aus dem Bau in der Innwallstraße sind seit Kriegsende alle die großen Sammlungen ausgeschieden worden, die für die neuen Zwecke unnütz waren. Die wertvollen chirurgischen Instrumente aus aller Zeit wurden dem Germanischen Museum in Nürnberg überwiesen, die kriegsärztlichen und transparenten Modelle übernimmt das Reichswirtschaftsministerium. Statt dessen werden neue Sammlungen gebildet. Die für das Versorgungswesen wichtige Frage der Beschaffung künstlicher Glieder erfordert eine ethnographische Sammlung. Weitere Sammlungen werden der Betrachtung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten dienen. Die große Bibliothek mit ihren 90 000 Bänden und 250 Zeitschriften, die größte medizinische Bibliothek Europas, dient nunmehr der Gesamtheit der deutschen Ärzte und Medizinstudierenden. Die wichtigste Veränderung erfuhren die Bibliotheken. Wohl erledigen auch sie, wie Dr. Grobowski jetzt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ ausführlich, noch eine große Anzahl von Aufgaben für die Kriegesbeschädigtenfürsorge, greifen aber immer mehr in den Aufgabenkreis einer Akademie für Arbeitswissenschaft über. Hier findet eine planmäßige Unterweisung des Einflusses der Arbeit auf den menschlichen Organismus statt. Augenblicklich beschäftigt man sich mit den Auswirkungen des Vorkriegsgewerkes auf die Gesundheit der Arbeiter. Erfreulicher Weise zeigt man für dies neue Arbeitsfeld der Akademie im Reichsarbeitsministerium das nötige Verständnis.

Ein Wohltätigkeitskonzert der Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten findet am Sonntag, den 16. abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Zelende, statt. Eintritt 4,50 M. (einschl. Steuer).

Haus Precher bricht im Rahmen der Veranstaltungen der Deutscher Verein der Reichs-Gewerkschaft am Donnerstag, den 16. über „Soziales Leben“ im Kulgebäude der Universität (alte königliche Bibliothek, Franz-Rosestr. 1) abends 7 Uhr. Karten für Mitglieder und Studenten 5 M., für Nichtmitglieder 8 M. und in den Nicolaischen Buchhandlungen Dorotheenstr. 62 und Königgräber Str. 123, sowie an der Abendkasse erhältlich.

Stadtverordnetenwahl in Zwickau.

Ein mißlungener bürgerlicher Angriff.

Zwickau, 13. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Zwickauer Stadtverordnetenwahlen vom 27. November 1921 wurden von den Deutschnationalen wegen angeblicher Wahlverfälschung angefochten und schließlich für ungültig erklärt. Der wahre Grund für die Anfechtung der Wahl war in der Tat die Tatsache, daß den 18 bürgerlichen Stadtvätern ebenfalls sozialistische Gegenüberstanden. Dieses Ergebnis hofften die Bürgerlichen zu ihren Gunsten korrigieren zu können. Bei der gestrigen Wahl gewannen die Sozialisten ein Mandat. 17 Bürgerlichen stehen jetzt 19 Sozialisten gegenüber. Damit ist zum ersten Male die bürgerliche Mehrheit in Zwickau gebrochen und ferner der Beweis erbracht worden, daß es auch in der heutigen Zeit den sozialistischen Parteien möglich ist, sich gegen den bürgerlichen Generalantritt erfolgreich zu behaupten. Die Stimmen und Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

SPD.	12 281 Stimmen, 12 Mandate
USP.	4 691 " 4 "
FD.	3 083 " 3 "
Deutschnationale Volkspartei	6 190 " 6 "
Deutsche Volkspartei	6 294 " 6 "
Demokraten	5 844 " 5 "

Die sozialistischen Parteien haben gegenüber der letzten Wahl 953 Stimmen und die Bürgerlichen 64 Stimmen gewonnen. Die Mandatsverteilung hat sich dadurch geändert, daß die Demokraten je einen Sitz an die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten abgeben mußten.

Stadtverordnete und Städteordnung.

Hannover, 13. März. (Eigener Drahtbericht.)

Im neuen Rathause tagten die Stadtverordnetenversammlung und Vertreter der Stadtverordnetenversammlungen Preußens. Es wurde über die neue Städteordnung beraten und über die Maßnahmen, die nötig sind, um die notwendige Mitwirkung der Stadtverordnetenkollegien bei der Beratung des Städteordnungsentwurfes zu ermöglichen und zu sichern. Die Stadtverordnetenversammlungen fast aller größeren und mittleren Städte waren vertreten. Aus allen Provinzen waren Delegierte gekommen.

Bürgermeister (Stadtverordnetenvorsteher) Gen. Andree sprach in einer ausgezeichneten Rede über die notwendige Mitarbeit der Stadtverordneten und Bürgermeister an dem Entwurf der neuen Städteordnung. Er wies darauf hin, daß die Zusammensetzung der maßgebenden Organe des Städtetages für Preußen nicht die Bewusstheit geben kann, daß bei der Begutachtung des Entwurfes einzig und allein die Interessen der breitesten Schichten der Bevölkerung wahrgenommen werden. Er gab ernstlich zu bedenken, daß die Begutachtung aller Wahrscheinlichkeit nach vielmehr vom Standpunkt der Magistrate und des Berufsbeamtenums geschehen wird. Der Vorstand des preussischen Städtetages legt sich bisher fast nur aus Berufsbeamten und wenigen rechtsgelehrten Stadtverordneten zusammen. Gerade der preussische Städtetag aber wird berufen sein, das letzte Wort über die Städteordnung zu sprechen. — Die Bürgermeistervereinigung der Provinz Hannover habe bereits alles, was in ihren Kräften stand, getan, um bei der Begutachtung von der Regierung gehört zu werden. Die Regierung beabsichtigt, den Entwurf der Städteordnung den sogenannten Spitzenorganisationen zu unterbreiten. Eine solche Spitzenorganisation sei der preussische Städtetag. Bei aller Anerkennung der Tätigkeit des preussischen Städtetages müsse doch einmal offen gesagt werden, und diese Konferenz sei der Ort dazu, daß eine Reformierung des preussischen Städtetages und seiner Organe ein Gebot der Stunde sei. Das Element der Bürgerlichkeit, die Vertreter der Stadtverordnetenkollegien, müßten dort für alle Zukunft in einem viel stärkeren Maße, als es bisher geschehen sei, zur Geltung kommen.

Nach einer umfangreichen, lebhaften Aussprache, an der sich Vertreter aller Provinzen und Parteien beteiligten, wurden nachstehende Richtlinien nahezu einstimmig angenommen:

„Um die Mitwirkung der Stadtverordnetenkollegien und dadurch auch der gesamten Bevölkerung bei der Bildung des neuen Städtetages zu ermöglichen und zu sichern, wie es der mehr als hundertjährigen Wirklichkeit der rechtlichen Stellung und der Bedeutung dieser Selbstverwaltungsorgane im Volksleben entspricht, wird ein provisorischer Arbeitsausschuss aus Stadtverordneten der preussischen Städte eingesetzt, welchem 15 Mitglieder angehören. — Der Ausschuss ist berechtigt, sich durch Zuwahl zu ergänzen.“

Die Angehörigen aller Parteien waren sich einig in dem Gedanken, daß eine Stärkung des Einflusses der Stadtverordneten unumgänglich notwendig sei. Alle Parteipolitik wurde darum zurückgestellt und in voller Einmütigkeit vernünftig ausgesprochen, daß die Stadtverordnetenkollegien auf keinen Fall gewillt sind, sich von den Bürgermeistern und den Magistraten an die Wand drücken zu lassen.

In den Ausschuss wurden nachstehende 15 Personen gewählt: Wendeburg-Bornum (D. Sp.), Andree-Hannover (Soz.), Teitner-Mann-Buer, Borsleben, (Z), Dr. Reil-Halle (D. Sp.), Dr. Caspari-Berlin (D. Sp.), Schumann-Stettin (Soz.), Dr. Alberti-Bielefeld (Dem.), Hanke-Börsch (Soz.), Hölken-Klein (Soz.), Bogel-Stern-Bielefeld (A.), Dr. Wenig-Berlin (U. Soz.), Kunth-Ebing (U. Soz.), Dr. Rossund-Potsdam (Dnat.), Stowronel-Beuthen (Z), Bruhn-Hiesburg (Dem.).

Dieser Ausschuss soll berufen sein, sich Einfluss auf das Parlament und die Presse zu verschaffen, Anträge an den preussischen Städtetag zu stellen und im Falle, daß er dort zurückgewiesen wird, das Ministerium selbst anzusprechen. Der Ausschuss wird in nicht allzuferner Zeit der Vollversammlung Bericht erstatten.

Bürgermeister Pieper-Hannover berichtete über die Gründung und Tätigkeit der Stadtverordnetenvereinigung im Bereich des hannoverschen Städteordnungsgebietes und bezeichnete das Vorhandensein und Wirken dieser Vereinigung als zeitgemäß und zweckmäßig. Er empfahl auch den Stadtverordneten der anderen Provinzen und Verwaltungsgebiete den Zusammenschluß in einer Bürgermeistervereinigung. Die Aussprache ergab die Uebereinstimmung der Versammelten mit dem Redner. Auch die Vertreter der anderen Provinzen hielten zum großen Teil einen Zusammenschluß der Stadtverordnetenkollegien für ratsam.

Im Verlaufe der Aussprache über die interfraktionellen Stadtverordnetenvereinigungen stellte Stadtverordnetenvorsteher Mehlich-Dortmund folgenden Antrag, der einstimmig zur Annahme gelangte: „Die Stadtverordnetenkonferenz in Hannover hält die Bildung von provinziellen Stadtverordnetenvereinigungen zur Vertretung der besonderen Interessen der Stadtverordnetenkollegien für ein dringendes Gebot. Sie erwartet, daß sofort in allen Landesstellen solche Vereinigungen gegründet werden, die später in einem endgültigen Ausschuss für das Land Preußen ihre Zusammenfassung finden sollen.“

Deutscher Krull. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit: Zu der in einigen Blättern erschienenen Nachricht Deutscher Krull stehe in München als Spiel in meinem Dienst, erkläre ich: Die Nachricht beruht auf freier Erfindung. Deutscher Krull ist mir völlig unbekannt und steht weder zu meiner Dienststelle noch sonst zu mir in irgendeiner Beziehung. (Krull ist bekanntlich einer der am Marde Rosa Luxemburgs Beteiligten, der sich besonders dadurch hervorgetan hat, daß er die gestohlene Uhr der Ermordeten an sich brachte. R. d. B.)

Schwarzweißroter Straßenrummel.

Eine Mittelstandskundgebung und ihre Folgen.

Gelegentlich einer sogenannten Mittelstandskundgebung im Lustgarten, veranstaltet vom Komitee des Gewerlichen Mittelstandes, kam es gestern wieder zu Ausbreitungen nationalsozialistischer Rowdies. Die satifam bekannten Heppostel, die Radendorff, Höpfer und der Verbandsdirektor Strauß, waren am Werk, die richtige „Stimmung“ gegen die „Rikwirtschaft in Reich und Kommune“ zu erzeugen. Immer wieder mußte der Magistrat herhalten, der ganz „verjudet“ sei. Dazu wurde auf der Treppe des Allen Museums eine schwarzweißrote Fahne unter Beifall und „Hut ab“ felerlich entrollt. Flugblätter, die neben der Unterschrift des Reichsausschusses für den gewerlichen Mittelstand auch die der Deutschnationalen Volkspartei tragen, fordern zum Beitritt beider Organisationen auf. Gleichzeitig werden Versammlungen angekündigt, in denen der „unpolitische“ Parteivorstand Staatsminister Eggelsen Dr. Hergt als Redner angekündigt wird.

Nationalistische Rowdies am Kurfürstendamm.

Nachdem so das Feld für das nationalsozialistische Theater säuberlich geegnet war, stellten sich auch prompt die Jugendbündler mit einer neuen schwarzweißroten Fahne ein. Als einige Passanten dagegen protestierten, kam es zunächst in der Nähe der Schlossbrücke zu Ausschreitungen, die sich auf dem ganzen Wege, den der lärmende Haufen nahm, wiederholten. Gegen vier Uhr traf ein Teil des Trupps auf dem Kurfürstendamm ein. Wie amüßlich mitgeteilt wird, war es eine etwa 500köpfige Menge, die mit einer schwarzweißroten Fahne vom Wittenberg-Platz nach dem Kurfürstendamm zog. Die Demonstranten jöhsten und trieben allerlei Unfug und belästigten und schlugen vorübergehende Passanten, so daß ein einzelner Posten der Schutzpolizei gegen die Menge machtlos war. Es wurde schließlich Verstärkung herbeigerufen. Als ein Unterwachtmeister auf einem Fahrrad der Menge entgegenkam, wurde er sofort mit Beschimpfungen empfangen. Auf seine Aufforderung, auseinanderzugehen, drangen mehrere der Burschen auf ihn ein, worauf er seine Pistole zog. Hierauf zerstreute sich die Menge. Es gelang ihm, den Hauptführer festzunehmen und zur Wache zu bringen. Auf dem Wege dahin wurde er von zahlreichen Personen begleitet, die dann auch die

Mommesenwache belagerten.

Schließlich wurde die Situation so drohend, daß der Wachhabende Verstärkungen herbeirief. Bevor diese aber eintrafen, zog die Menge wieder nach dem Kurfürstendamm ab, den sie wiederum mit einer schwarzweißroten Fahne entlang zog. Ein Lastauto mit 20 Beamten wurde der Menge nachgeschickt, und ein Beamter, der als erster vom Bogen sprang, verlor die Fahnenführer festzunehmen. Dieser rief das Tuch von der Stange und entfloh. Als der Beamte ihm nacheilte, wurde ihm ein Bein gestellt, so daß er zu Boden stürzte.

Helft der wandernden Jugend!

Schluß der Jugendherbergswache.

Die Groß-Berliner Jugendherbergswache, die für die Wehrung der Jugendherbergen werden und möglichst viel Geld zusammenbringen wollte, endete am Sonntag mit einer Reihe Veranstaltungen verschiedener Jugendorganisationen. Auch das Bezirksjugendamt Neukölln hatte die Jugend und ihre Freunde noch zu einer musikalischen Feierstunde versammelt, zu einem am Vormittag im großen Saal der Reuen Welt veranstalteten Konzert des Orchesters der Staatsoper, das in Werken von Beethoven, Weber und Wagner die erlesensten Genüsse bot.

An die breiteste Öffentlichkeit wandte sich eine auf die Jugendherbergswache hinweisende Kundgebung in Berlin, die nachmittags um 2 Uhr im Lustgarten stattfand. Frauen und Mädchen aus Wandervereinen führten der zuschauenden Menge die höchsten Volkstänze vor, die von der wandernden Jugend ebenso wie die alten schönen Volkstänze geschätzt und gepflegt werden. Volkstümliche Weisen, die der Koselische Kaiserbund vortrug, klangen von der Barhalle des Museums her über den weiten Platz. Dieser war, noch ehe die Jugendlichen anrückten, schon zum Teil besetzt, nämlich von den Resten einer kurz vorher hier abgehaltenen Mittelstandsversammlung. Die Hauptmasse der Versammlungsteilnehmer war abgezogen aber Gruppen fanden noch umher und hörten Straßendredner zu, die auf Regierung, Juden, Sozialisten und Steuern schimpften. Als noch vor dem Konzert des Kaiserbundes die Tänze begannen, wurde die Aufmerksamkeit der Mittelständler für eine Weile abgelenkt. Mit der sich ansammelnden Menge sahen sie den Tänzern zu — und aus Gruppen, die eben noch auf Regierung, Juden, Sozialisten usw. geschimpft hatten, konnte man jetzt alberne Bemerkungen über die Tänzer und Tänzerinnen hören. Die Spottlustigen hätten sich wahrscheinlich ihre billigen „Wihe“ vernommen, wenn sie gewußt hätten, daß an dieser Kundgebung im Lustgarten hauptsächlich Jugendliche derjenigen Bevölkerungsschichten teilnahmen, die den Anschauungen der schwarzweißroten Mittelständler nicht fernstehen.

Der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin beteiligte sich nicht, und auch von den anderen linksgerichteten Jugendorganisationen bemerkten wir keine. Man sagt uns übrigens, daß in einzelnen Orten Groß-Berlins die Berufsblätter der Kundgebungen für die Jugendherbergen auf die Beteiligung der linksgerichteten Jugend offensichtlich gar keinen Wert gelegt haben. Im Gegensatz hierzu hat in Neukölln das Jugendamt alle Michtungen dafür gewonnen, gemeinsam für die Schaffung einer Jugendherberge zu arbeiten, die dem wandernden Nachwuchs Neuköllns eine Unterkunftstätte bieten soll. Selbstverständlich ist in der Jugendherbergswache auch unser Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin nicht müde gewesen, indem er hat gleichfalls eifrig gearbeitet, um Mittel für das Arbeiterjugend-Landheim heranzuschaffen, das am Quenjee hinter Brandenburg für unsere Groß-Berliner Jugendlichen eingerichtet werden soll. Noch am Sonntag veranstaltete er zum Besten dieses Heims ein paar Abendunterhaltungen, die hoffentlich — denn für das Heim ist Geld dringend nötig — einen schönen Kassenerfolg gehabt haben. In Schöneberg, wo wir uns an den gut gelungenen Darbietungen eines „hünen Abends“ erfreuten, war der Besuch stark und der Verkauf der „Bausteine“ (Kärtchen gegen Zahlung von 3 M., 5 M., 10 M., 20 M. usw. für den Baufonds) ging flott.

An alle Freunde der Jugend richten auch wir die Bitte: Stärkt den Baufonds und helft unserer wandernden Jugend!

Der Einbrecher als „Kriminalbeamter“.

In einer Wohnung im Hause Johannisstr. 13 erschien, als die Wohnungsinhaberin allein anwesend war, ein Mann, der sich für einen Kriminalbeamten ausgab und erklärte, daß er mit einer Durchsuchung der Wohnung beauftragt worden sei, weil die Familie in dem Verdacht stehe, Raubgeld zu verheimlichen. Mit vorgehaltener Schußwaffe forderte er die Frau auf, ihm die Geldschrankschlüssel auszuhandigen. Durch ein Geräusch wurde er jedoch an seinem Vorhaben gestört, ließ von der Frau ab und ergriff in der Eile, daß jemand hinzugelassen sei, die Flucht. Es gelang ihm auch, unerkannt zu entkommen. Der Räuber ist etwa 1,70 Meter groß, hat glatte, schwarzes Haar und ein längliches Gesicht und trug einen dunkelblauen Anzug und schwarze Stiefel.

Ludwig Stollwerk, der Mitbegründer der bekannten Schokoladenfabrik Gebr. Stollwerk A.-G., ist im Alter von 65 Jahren gestern in Köln gestorben.

Im selben Augenblick fiel die Menge mit dem Rufe: „Haut ihn!“ über ihn her. Jetzt feuerte der Beamte mehrere Schusschüsse in die Luft ab, worauf die Demonstranten von ihm abließen. Der flüchtende Fahnenführer war inzwischen von Passanten festgehalten worden und wurde zur Wache geführt, wo er als ein zwanzigjähriger Friseur festgehalten wurde. Außer ihm sind noch zehn Personen wegen groben Unfugs und Widerstandes festgehalten worden.

Der deutschnationale „Vokalzeiger“ muß in Aufmachung und Hege die pöbelhaften Ergesse seiner Anhänger natürlich möglichst in das Gegenteil verkehren. Nach ihm sind die armen nationalen Jugendbündler von den Strohhalbkantanten ob ihrer schwarzweißroten Fahne solange bitter getränkt worden, bis ihnen sozuzufügen die Galle hochstieg. Dann stand nach dem „Vokalzeiger“ an der Gedächtnisstraße ein „Ausländer“. Als solcher offenbar kenntlich für den Berichterstatter des Blattes durch eine entsprechende Beschilderung, der die Polizeibeamten aufforderte, zum „Schutz der Republik“ einzuschreiten. — Nun wissen wir wenigstens, daß die „Ausländer“ daran schuld sind, wenn nationalsozialistische Rowdies sich auf der Straße nicht mehr richtig austoben können. Auch sonst ist der „Vokalzeiger“ mit dem Schupo nicht zufrieden. Sie ging ihm zu scharf „mit großer Verstärkung gegen die nationale Jugend“ vor. Das ist sehr hübsch in dem Blatt zu lesen, das bei harmlosen Demonstrationen Andersgeinnter nicht laut genug nach energischem Polizeischuh schreien konnte.

Wie es bei den Mittelständlern zugeht.

lehrt auch ein sehr kennzeichnender Vorgang, der uns noch aus dem Lustgarten berichtet wird. In einer der debattierenden Gruppen, die lange noch Schluf der Versammlung dort noch beisammen blieben und in heftigen Verwünschungen sich nicht genug tun konnten, kam es infolge des Protestes einiger Gegner zu einer Prügelei. Auf einen etwa 30jährigen Mann, der einem der Heppredner den Einwurf gemacht hatte: „Kaiser Wilhelm hat schuld am Kriege!“ wurde eingeworfen, so daß er blutete. Dann schrie man, auf die nahe Spree weisend: „Schmeißt den Judenlämmel ins Wasser!“, obwohl der blutig Beschlagene nicht im geringsten jüdisch ausah. Der Judenhag hatte die Totenden so blind gemacht, daß sie in jedem, der widersprach, einen Juden witterte. Ein Zeuge, der den Mann retten wollte, rief Schupoleute herbei, aber diese wurden mit dem Ruf begrüßt: „Hier wird bloß ein Jude verhaucht!“ Die Schupoleute führten den Blutenden zur Kaserne am Kupfergraben, doch aus dem mitziehenden Haufen heraus wurde er unterwegs noch mit Puffen und Stößen mißhandelt, unbekümmert um die Schupoleute. Vor der Kaserne blieb die rohe Gesellschaft stehen und erging sich in Drohungen gegen den Rikhandelten.

Das unheimliche Postpaket.

Ein Gaunerstück.

Ein unheimliches Schreckmittel benutzte ein Verbrecher, um eine Frau zum Schweigen über einen ihrer bekannten Einbruch zu veranlassen. Eine Frau B. aus der Stralauer Straße erhielt vor einigen Tagen durch die Post ein Paket zugestellt. Beim Öffnen fiel ihr ein Zettel mit folgendem Inhalt in die Hand: „Mit ihrem Schädel werde es ebenso gehen, wie mit dem Inhalt des Paketes, wenn sie der Polizei irgendeine Angabe über den Einbruch mache, der zu ihrer Kenntnis gekommen sei.“ Die Frau wußte nicht, was sie sich dabei denken sollte, und wickelte den Inhalt des Paketes weiter auf, bis sie einen Frauenkopf vor sich sah, dessen Schädel zertrümmert und dessen Gesicht und Haar mit Blut besudelt war. Sie fiel in Schreikrämpfe und es gab einen großen Alarm im Hause. Die Polizei, die gerufen wurde, sah sich den in Papier und Wappen eingewickelten Kopf näher an und stellte fest, daß es sich nicht um ein Verbrechen handelte, daß man es vielmehr mit einem Wackelpack aus einem Friseurladen zu tun hatte. Dieser künstliche Kopf ist wahrscheinlich irgendwo gestohlen worden. Der Absender hat ihm den Schädel zertrümmert und ihn mit Blut und auch mit roter Tinte beschmieret. Den Zusammenhang konnte die Kriminalpolizei noch nicht aufklären. Denn Frau B. hat durch den schauerlichen Anblick eine so schwere Nervenerschütterung erlitten, daß sie noch jetzt vernehmungsunfähig und bettlägerig ist. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Einbruch, bei dem einer ihrer früheren Abmieter seine Hand im Spiel gehabt hat.

Kleiderauffhänger an der Arbeit.

Große Beunruhigung ruft seit einiger Zeit in Berlin das Treiben zweier pervertierter Menschen hervor, von denen der eine Damenkleider planmäßig beschmutzt, während der andere sie aufhängt oder ganze Stücke herausschneidet. Der Beschmutzer ist jetzt endlich durch die Entschlossenheit einer Dame unschädlich gemacht worden. Er benutzte zwei Mittel, Rehl und flüssige Lederseife. Mit dem Rehl beschmierete er, namentlich bei Regenwetter, wertvolle dunkle Damenkleider, mit der Lederseife hellere. Gestern wurde er festgenommen, als er das Kleid eines Mädchens beschmutzen wollte, das er in einem nach Lichterfelde fahrenden Zuge getroffen hatte. Er entpuppte sich als ein Uhrmacher Wolf Jahn, ein alter Sünder auf diesem Gebiete. — Der Aufhänger ist dagegen noch nicht ergriffen. Er tritt besonders in der Zentralmarkthalle bei den Auktionen an den Großhändlerständen auf.

Ein Dachstuhlbrand brach am Sonntag früh gegen 8 Uhr in einem Mügel des Elektromotorenwerkes der Siemens-Schubert-Werke aus. Die herbeigerufenen Feuerwehren der Siemens-Werke und der Stadt Spandau konnten in kurzer Zeit das Feuer auf seinen Herd beschränken und in etwa einer Stunde abbläuen. Die zur Vorhut benachrichtigte Charlottenburger Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

Vermisst wird der achtfährige Schüler Edmund Böhm aus der Reichsberger Str. 22 seit dem 6. März nachmittags 2½ Uhr. Er war mit einem dunkelgrünen Sweater, weißem Schal, blauen Höschen, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schnürstiefeln bekleidet.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins. Die für heute Abend anberaumte Sitzung fällt aus.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielmal heiter, vorübergehend milder, aber nachts leichter Frost, um Mittag ziemlich mild bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Deutsche Hilfe in Russland.

Der bisher im Hungergebiet von Kasan arbeitende deutsche Sanitätszug hat sich, nachdem er von Moskau mit den aus Deutschland bezogenen Medikamenten neu versorgt worden ist, nach Saratow begeben, um dort einige Monate in dem Gebiet der deutschen Kolonien Hilfe zu leisten. Er führt größere Mengen von Lebensmitteln mit sich, um während der bis zur nächsten Ernte bevorstehenden schwersten Monate einige hundert Kinder speisen zu können. Die Lage der deutschen Wolgakolonisten wird täglich verzweifelter. Die Epidemien verbreiten sich in erschreckendem Umfange. Es sind auch mehrere Fälle von Pest-erkrankungen festgestellt worden.

